

Fokus Volkswirtschaft

Nr. 48, 26. Februar 2014

Energiekosten der Haushalte trotz starker Preisanstiege stabilisiert

Autor: Martin Müller, Tel.: 069 7431-3944, research@kfw.de

Die Verbraucherpreise für Heizöl und Erdgas sind seit der Jahrtausendwende in die Höhe geschneit. Damit sind auch die Ausgaben der Privaten Haushalte für Raumwärme und Warmwasser erheblich gestiegen. Seit 2006 haben sich diese Ausgaben von den weiterhin hohen Energiepreisanstiegen jedoch nahezu entkoppelt. Ursächlich für diese unterschiedliche Entwicklung sind vor allem die hohen Energieeinsparungen durch das Energieeffiziente Bauen und Sanieren und die zunehmende Wärmeerzeugung durch Erneuerbare Energien.

Seit der Jahrtausendwende haben sich die Verbraucherpreise Privater Haushalte für leichtes Heizöl verdreifacht, für Erdgas verdoppelt (Grafik 1). Im Jahresdurchschnitt betrug der Anstieg bei Heizöl 9,7 % und bei Erdgas 5,8 %. Die jährliche Preisentwicklung schwankte stark, nach Preissprüngen folgten auch Preissenkungen; der Trend ging jedoch eindeutig nach oben. Aus den beiden fossilen Energieträgern wurden 2011 zusammen zwei Drittel des Endenergieverbrauchs für Raumwärme und Warmwasser der Privaten Haushalte erzeugt. Das restliche Drittel wurde vorwiegend durch Erneuerbare Energien und Fernwärme gedeckt.

Energieeinsparungen entlasten Private Haushalte

Trotz der anhaltenden Preisanstiege sind die Energiekosten für Raumwärme und Warmwasser seit dem Jahr 2006 nahezu konstant geblieben. 2012 betragen die Energiekosten ohne Kraftstoffe je Haushalt in Deutschland 1.729 EUR, davon

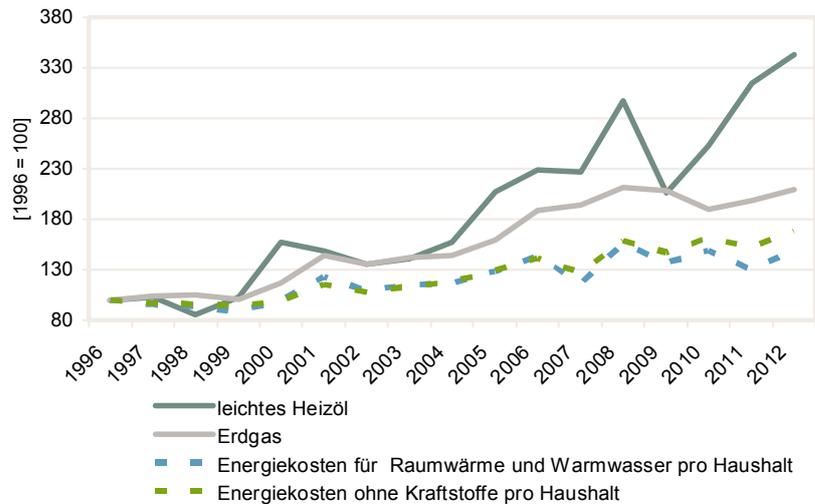
entfielen 1.025 EUR auf Raumwärme und Warmwasser (Grafik 2).

Auch der Anteil der Energiekosten an den Konsumausgaben der Privaten Haushalte blieb in den letzten Jahren

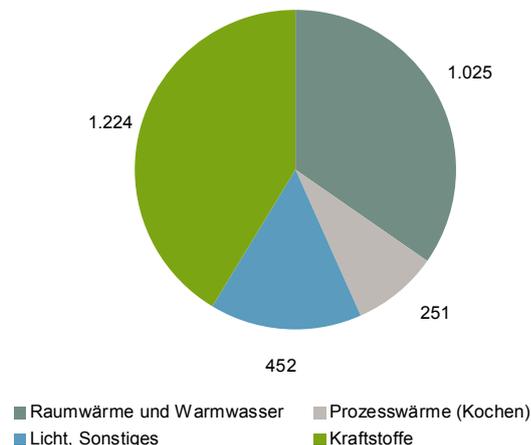
nahezu konstant. Im Jahr 2006 lag er bei 6,5 %, 2011 bei 6,6 %.¹

Zur Stabilisierung der Energiekosten haben vor allem zwei Effekte beigetragen. Zum einen ging die Modernisierung der Heizungsanlagen mit einer Veränderung des Energieträgermixes einher. 1996 deckte Heizöl noch 36 % des Energieverbrauchs der Privaten Haushalte für Raumwärme und Warmwasser, 2011 waren es nur noch 28 %. Für Gas verringerte sich der Anteil im gleichen Zeitraum von 43 % auf 40 %. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil Erneuerbarer

Grafik 1: Entwicklung der Verbraucherpreise für Private Haushalte für leichtes Heizöl und Erdgas und Energiekosten



Grafik 2: Jährliche Ausgaben für Energie je Haushalt in Euro im Jahr 2012



Quelle: Energiedaten BMWi, Stand 20.08.2013.

Energien am Energieverbrauch für Raumwärme und Warmwasser dagegen von 0 % auf 15 %. Heizwärme aus Erneuerbaren Energien wird vor allem aus Biomasse erzeugt. Der Verbraucherpreis für die Erzeugung einer MWh Wärmeenergie aus Biomasse betrug 2012 etwa 48 EUR, für Heizöl dagegen 89 EUR und für Erdgas 70 EUR.²

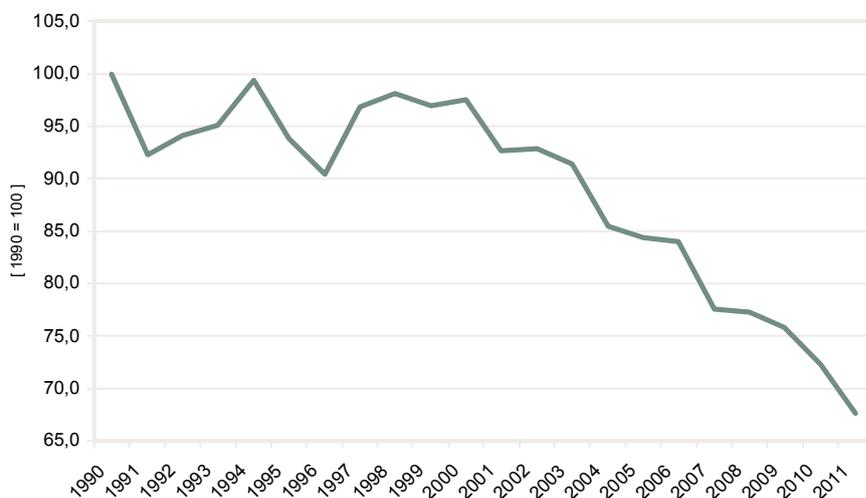
Zum anderen trugen die Energieeinsparungen durch das Energieeffiziente Bauen und Sanieren zur Stabilisierung der Energiekosten bei. Der Energieverbrauch der Privaten Haushalte für Raumwärme wurde seit 2000 je Quadratmeter Wohnfläche temperaturbereinigt um rund 30 % reduziert (Grafik 3). Der gesamte Energieverbrauch der Privaten Haushalte für Raumwärme ging seitdem um etwa ein Viertel zurück. Der geringere Rückgang des Gesamtenergieverbrauchs ist darauf zurückzuführen, dass die Wohnfläche je Haushalt weiter angestiegen ist. Die Energieeinsparungen sind im Wesentlichen auf verstärkte Investitionen in die energetische Sanierung des Wohnungsbestandes und in den energieeffizienten Neubau zurückzuführen. Die erhöhten Investitionen in die Energieeinsparung waren zum einen eine Reaktion auf den sprunghaften Anstieg der Energiepreise. Zum anderen hat der Bund die Anreize und Auflagen zum Energieeffizienten Bauen und Sanieren deutlich erhöht:

2001 startete die KfW in Zusammenarbeit mit dem Bundesbauministerium das aus Bundeshaushaltsmitteln verbilligte CO₂-Gebäudesanierungsprogramm. Ab dem Jahr 2006 wurde die Förderung des Energieeffizienten Bauens und Sanierens im Rahmen der KfW-Programme weiter verbessert und die Bundesmittel für Zinsverbilligung und Zuschüsse erheblich ausgeweitet.

2002 hat der Bund die erste Energieeinsparverordnung (EnEV) eingeführt, deren Anforderungen mit der EnEV 2007 und der EnEV 2009 deutlich erhöht wurden. Mit Inkrafttreten der Energieeinsparverordnungen wurden auch die energetischen Anforderungen in den KfW-Programmen deutlich angehoben.

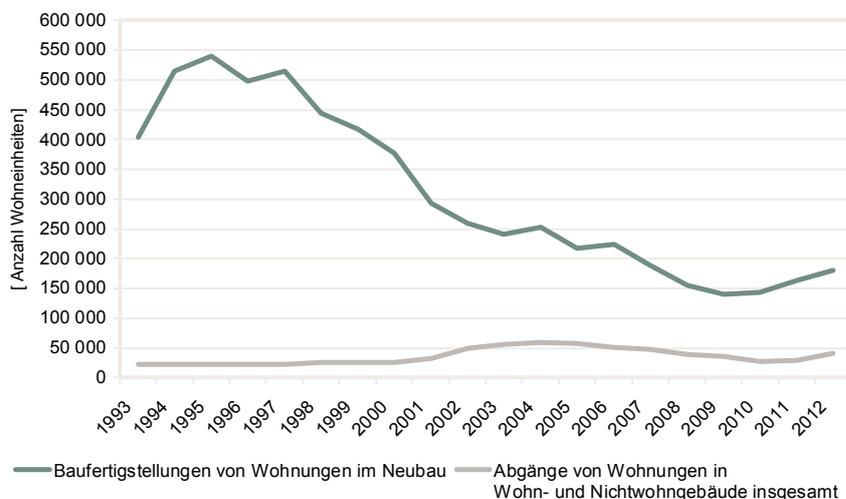
Es gibt keine umfassende regelmäßige Erhebung der Investitionen in die Reduzierung des Energiebedarfs von Wohn-

Grafik 3: Entwicklung des Endenergieverbrauchs der Privaten Haushalte für Raumwärme je Quadratmeter Wohnfläche seit 1990 (temperaturbereinigt)



Quelle: Energiedaten BMWi, Stand 20.08.2013.

Grafik 4: Baufertigstellungen und Abgänge von Wohnungen



Quelle: Statistisches Bundesamt, FS 5 und FS Bauen und Wohnen, lange Reihen.

gebäuden. Daher können keine zuverlässigen quantitativen Aussagen darüber gemacht werden, wie sich diese Investitionen in den vergangenen Jahren entwickelt haben. Untersuchungen lassen jedoch annehmen, dass der Beitrag von nichtinvestiven Energiesparmaßnahmen (z. B. Verhaltensänderungen beim Heizen und Lüften) von untergeordneter Bedeutung gewesen sein dürfte.³

Energieeffizientes Bauen ermöglicht beträchtliche Energieeinsparungen

In der Diskussion um die Senkung des Energieverbrauchs und der Energiekos-

ten der Privaten Haushalte wird der energetischen Gebäudesanierung die größere Bedeutung zugeschrieben. Ein Argument dafür ist, dass jeder Neubau den Energieverbrauch erhöht. Diese Betrachtung übersieht allerdings, dass viele Neubauten alte Wohngebäude ersetzen, die durch Abriss oder Umnutzung aus dem Bestand genommen werden. Energieeffiziente Neubauten können damit einen erheblichen Beitrag zur Senkung von Energieverbrauch und Energiekosten leisten.

Aus Sicht des einzelnen Haushaltes führt der Umzug aus einem Altbau in einen

Neubau zu einer beträchtlichen Energiekostensparnis. Nach einer Untersuchung des RWI lag der Energieverbrauch in Wohnungen, die im Zeitraum 2001 bis 2008 errichtet wurden, um ein Drittel niedriger als in Wohnungen, die vor 1978 errichtet wurden.⁴

In gesamtwirtschaftlicher Sicht hat der Neubau den Energieverbrauch im Wohnungsbestand allerdings noch weiter erhöht, auch wenn man dagegen rechnet, dass ein Teil des Neubaus aus dem Bestand genommene Wohnungen mit einem deutlich höheren Energieverbrauch ersetzt. Im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2012 wurden 218.000 Neubauwohnungen fertig gestellt (Grafik 4). Demgegenüber wurden nach der Statistik der Wohnungsabgänge pro Jahr durchschnittlich 43.000 Wohnungen aus dem Bestand genommen, ein Teil davon durch Abrisse oder Stilllegung, ein Teil durch Umnutzung. Die tatsächliche Zahl der Wohnungsabgänge war höher, da nicht alle Wohnungsumnutzungen und Stilllegungen gemeldet werden müssen. Es kann davon ausgegangen werden, dass der Neubau auch nach Abzug der Wohnungsabgänge den Energieverbrauch im Wohnungsbestand weiter erhöht hat. Umso mehr hat die energetische Sanierung den Energieverbrauch im Wohnungsbestand gesenkt.

Energiesparinvestitionen kein Treiber der Wohnkosten

Die Erhebungen des Statistischen Bundesamtes zu den Einnahmen und Ausgaben der Privaten Haushalte zeigen für die vergangenen Jahre nur einen geringfügigen Anstieg der Wohnkostenbelastung der Privaten Haushalte. In Relation zu den privaten Konsumausgaben stiegen die Ausgaben für Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung je Haushalt von 2001 bis 2011 von 31,5 auf 34,4 %. In diese Kosten gehen unter anderem tatsächliche Wohnungsmieten und unterstellte Wohnungsmieten für selbstgenutztes Wohneigentum ein. Der relative Anstieg der Wohnkosten lässt sich durch eine Nachfrage nach größeren, höherwertigen Wohnungen erklären. So stieg die Wohnfläche je Einwohner von 2000 bis 2011 von 39,5 auf 43 qm. Dass die gestiegenen Energiesparinvestitionen zu keinem nennenswerten Anstieg der rela-

tiven Wohnkostenbelastung führen, liegt unter anderem daran, dass ein erheblicher Teil der damit verbundenen Investitionen im Rahmen der Sanierungszyklen ohnehin durchgeführt werden muss. Auch Produktstandardisierungen, technische Innovationen und Lerneffekte senken die Kosten energetischer Sanierungen. Nicht zuletzt hat auch die deutliche Aufstockung der Förderung durch den Bund im Rahmen der KfW-Programme die Finanzierungskosten für Energiesparinvestitionen erheblich gesenkt.

Ein weiterer Grund könnte darin liegen, dass es Vermietern nicht möglich ist, die Investitionskosten voll an die Mieter weiterzugeben, weil es die Lage am Wohnungsmarkt nicht zulässt. Dies könnte vor allem in entspannten Wohnungsmärkten der Fall sein, wo Mieter problemlos günstige Wohnungen finden. Allerdings werden Vermieter energetische Sanierungen im Allgemeinen nur dann durchführen lassen, wenn sie die Investition für rentabel erachten. Daher ist anzunehmen, dass die Investitionsausgaben im Fall einer energetischen Sanierung in der Regel auf die Mieter umgelegt werden können.

Potenzial zum Sparen von Energiekosten vielfach noch ungenutzt

Im Gegensatz zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung können im Einzelfall die Energiekosten deutlich gestiegen sein. Gerade bei Altbauwohnungen, die nicht energetisch saniert werden, führen die Preissprünge bei Öl und Gas auch zu Sprüngen bei den Kosten für Heizung und Warmwasser. Haushalte mit geringen Einkommen können dadurch finanziell stark belastet, möglicherweise überfordert werden. Erhebungen kommen zu der Einschätzung, dass es einkommensschwachen Haushalten aus Kostengründen zum Teil nicht möglich ist, ihre Wohnung angemessen zu beheizen.⁵ Davon betroffen sind auch Haushalte, die von Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe leben und Anspruch auf Heizkostenerstattung haben.

Beim Arbeitslosengeld II finanzieren der Bund ein Drittel der Heizkosten, die Kommunen zwei Drittel, sofern sie angemessen sind. Die Bedingung der Angemessenheit gewährt einen Ermessungsspielraum, der zu unterschiedli-

chen Regelungen in den Kommunen führt. Die für die Bemessung zuständigen Stellen befinden sich in einem Dilemma. Übernehmen sie die Kosten vollständig, besteht kein Anreiz, Energie zu sparen. Gewähren sie Pauschalen, kann der individuelle energetische Zustand der Gebäude nicht berücksichtigt werden. Die Regelungsvielfalt führt dazu, dass Sozialhilfe- und Arbeitslosengeldempfänger in Deutschland regional unterschiedlich von Energiepreisteigerungen betroffen sind. Durch die energetische Sanierung ihrer Wohnungen können betroffene Haushalte spürbar von Ausgaben für Heizung und Warmwasser entlastet werden. Die Potenziale zur Energieeinsparung im Wohnungsbestand sind noch beträchtlich.

Fazit

Die Verbraucherpreise für Heizöl und Erdgas sind seit Ende der neunziger Jahre sprunghaft angestiegen. Auch die Ausgaben der Privaten Haushalte für Raumwärme und Warmwasser haben damit erheblich zugenommen. Seit 2006 haben sich diese Ausgaben jedoch trotz weiterhin hoher Energiepreisanstiege nahezu stabilisiert. Vor allem die hohen Energieeinsparungen durch das energieeffiziente Bauen und Sanieren haben den Kostenanstieg für Eigenheimbesitzer und Mieter wirksam gedämpft. Die Umstellung vieler Heizungsanlagen auf Erneuerbare Energien senkte die Energiekosten für die Verbraucher ebenfalls spürbar. Neben der Sanierung von Bestandgebäuden leistet auch der Ersatzneubau einen bedeutsamen Beitrag zur Senkung des Energieverbrauchs. Die Energiesparinvestitionen haben zu keinem erkennbaren Anstieg der Wohnkosten geführt. Dies spricht dafür, dass auch bei einer Gesamtkostenbetrachtung Energiesparinvestitionen wirtschaftlich umgesetzt werden können. Durch das weitere Ausschöpfen wirtschaftlicher Energiesparpotenziale können auch einkommensschwache Haushalte entlastet werden. ■

¹ Statistisches Bundesamt, Fachserie 15, Reihe 1, 2011.

² Institut Wohnen und Umwelt, Fraunhofer-Institut für Fertigungstechnik und Angewandte Materialforschung, Monitoring der KfW-Programme „Energieeffizient Sanieren“ und „Energieeffizient Bauen“ 2012, 2013, S. 39.

³ Hacke, U., Informationen zur Raumentwicklung (Hrsg. BBSR), Heft 12.2010, S. 877.

⁴ Rheinisch-westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Datenauswertung zum Energieverbrauch der Privaten Haushalte differenziert nach Gebäudemerkmalen, 2012, S. 5.

⁵ Kopatz, M. et al., Wuppertal Paper Nr. 184, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, 2010, S. 11.